



Verband Berlin-Brandenburgischer
Wohnungsunternehmen e.V.

Aus den Annalen der Brandenburger Wohnungspolitik: Absurdistan

25.10.2019 Fachinformation

Von Dr. Wolfgang Schönfelder / Wir haben mal in den Archiven gestöbert. Dabei fiel uns auf, dass es aktuelle Themen gibt, die seit Jahren einer Lösung harren und damals vom BBU bereits „aufgespießt“ wurden. In einer kleinen Reihe, die aktuelle Regierungsbildung in Brandenburg begleitend, haben wir das eine oder andere Bonmot herausgepickt, frei nach dem Motto „wenn es nicht so traurig wäre, könnte man darüber schmunzeln“.

Absurdistan

Können Sie sich folgende Pressemitteilung vorstellen?

Die Brandenburger Bevölkerung schrumpfe auch in den nächsten Jahren kontinuierlich weiter.

Das bestätigte Infrastrukturminister Dellmann. Dies bedeute einen erheblichen Leerstand bei den

Wohnungsunternehmen im Land Brandenburg. Diese Leerstandsentwicklung könne auch durch das Stadtumbau-Ost-Programm nicht ausgeglichen, sondern nur gemildert werden. Das könne auch negative Folgen für die Mietenentwicklung haben.

Er nannte es nachvollziehbar, wenn die Wohnungswirtschaft nun höhere Mieten ansetze. Sie müsse bei geringer werdender Bevölkerung und damit der Anzahl an Mietern in ihren Wohnungsbeständen den steigenden Aufwand für die Bewirtschaftung ausgleichen.

Wahr oder falsch?

Sie ist natürlich falsch, wie wir alle wissen.

Können Sie sich diese Pressemitteilung vorstellen?

Die Brandenburger Bevölkerung hat den Wasserverbrauch in den vergangenen Jahren deutlich gedrosselt. Laut Umweltminister Dietmar Woidtke ist der tägliche Wasserverbrauch zwischen 1991 und 2004 im Schnitt von 143,4 l je Tag auf 100 l je Tag gesunken. Ein umweltbewusster Umgang mit Wasser könne aber auch negative Folgen haben, betonte Woidtke. Er nannte es nachvollziehbar, wenn die Wasserwirtschaft nun höhere Tarife ansetze, sie müsse bei geringerem Wasserdurchfluss häufiger die Leitungen und Rohre spülen.

Wahr oder falsch?

Sie ahnen es bereits.

Diese Meldung stammte aus der Märkischen Oderzeitung vom 14. Januar 2008, erste Seite, wohlgemerkt.

Da haben wir den Salat. Wir sind selbst schuld, wenn wir uns umweltgerecht verhalten und Ressourcen schonen. Denn jeder Liter Wasser, der nicht verbraucht wird, muss bekanntermaßen auch nicht gereinigt und aufbereitet werden. Dies wiederum ist mit enormen volkswirtschaftlichen Kosten verbunden, von den Umweltbelastungen, die derzeit ganz oben stehen, mal abgesehen.

Was macht ein normaler Unternehmer, der seine Produkte nicht mehr absetzen kann?

Er wird zunächst versuchen, sein Produkt neuen Kundengruppen schmackhaft zu machen oder die bisherigen Kundengruppen veranlassen, mehr davon zu kaufen. Er wird also versuchen, uns zu erklären, dass Wasser super gesund sei, dass sich Wasser insbesondere für die Krankheitsvorbeugung und Kneippanwendungen zu Hause eigne und dass es viel preiswerter sei, Leitungswasser zu trinken, statt zuckerhaltige Mischgetränke oder Sprudel zu kaufen.

Wenn wir als Verbraucher darauf nicht reagieren, wird er als nächstes bei Strafe seines Untergangs so schnell wie möglich die Produktion den Realitäten anpassen. Er wird Kapazitäten abbauen, umstrukturieren, um am Markt erfolgreich zu bleiben. Die für diese Umstrukturierung anfallenden Kosten wird er nur in so fern auf den Preis seines Produktes umlegen können, wie der Nutzer dies akzeptiert. Gibt es das gleiche Produkt in gleicher Qualität woanders preiswerter oder zu einem gleichen Preis in höherer Qualität, werden wir Verbraucher wohl die anderen Produkte kaufen.

Warum funktioniert das nicht beim Wasser?

Ganz einfach, weil es Monopolstrukturen gibt, weil es keinen Wettbewerb gibt, und weil bei diesen Monopolstrukturen die Gesellschafter, egal, ob Kommunen, Landkreise und/oder Private ein Interesse an hohen Einnahmen haben, die fest eingeplant sind, weil sie zur Subventionierung oder zum Decken von Haushaltslöchern herangezogen werden.

Das ist einer der Gründe, warum wir unsere Preisdatenbank haben, die jährlich aktualisiert wird und zumindest die regionalen Unterschiede aufzeigt und damit für ein wenig Transparenz sorgt. Deshalb haben wir uns auf den mühsamen Weg durch die Instanzen gemacht, um an einem Beispiel die Offenlegung der Kalkulation, nämlich bei den Berliner Wasserbetrieben, zu erzwingen.

Übrigens, das Ministerium in Brandenburg heißt „Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz“.

Ein Schelm, der Böses dabei denkt, warum der Verbraucherschutz am Ende steht.